



FLAGGSCHIFF



18

Wie geht es mit dem Mobilitäts-Service weiter? Ein Interview mit VBB-Geschäftsführerin Susanne Henckel

Tag der offenen Tür bei der LV Selbsthilfe



23

35 Jahre LV Selbsthilfe, ehemals LAGH Berlin



Sehr geehrte Mitgliedsverbände,
verehrte Damen und Herren!

Man hat mich gebeten als Gründungsmitglied der damaligen LAGH zu diesem stolzen Jubiläum ein Grußwort zu schreiben. Da gehen die Gedanken natürlich zurück in eine für die heutige Zeit nicht mehr vorstellbare Situation. Wir hatten das alte Westberlin und die wenigen Selbsthilfeverbände sorgten im besten Falle für sich und die eigene Klientel.

Als Bundesvorsitzende des Freundeskreises Camphill erlebte ich die Zusammenkünfte der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH) in Düsseldorf und die sozialpolitischen Erfolge dieses Gremiums als sehr wertvoll und engagierte mich auch für die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft in Berlin, zusammen mit der Lebenshilfe Berlin und einigen anderen Vereinen. Aller Anfang ist schwer und so waren die ersten 12 Jahre eher holpernd als bedeutungsvoll. Die Wende brachte scheinbar für alle Berliner Vereine den Impuls für solidarische Gerechtigkeit und unter unserem langjährigen Vorsitzenden Dr. Manfred Schmidt nahm unsere Arbeit und Außenwirkung Fahrt auf. Höhepunkte dieser sehr intensiven Jahre war das Berliner Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) 1999 und die Berufung der Berliner Selbsthilfe in den 2000 gegründeten Landesbeirat für Menschen mit Behinderung.

In beiden Gremien hat das Mitglied das Recht, seine eigenen Erfahrungen und Sorgen in den Kreis der Mitglieder zu bringen und so erfährt jeder von den Nöten der anderen, was eine große Solidarität bewirkt. Mit dieser geballten Kraft kann eben auch politisch viel bewegt werden. Das war und ist der Grundgedanke und treibende Impuls für die Gründung der LAGH.

Rückblickend ist zu sagen: die Landesvereinigung Berlin hat sich zu einer Gemeinschaft entwickelt, die Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten in ethischen und alltäglichen Fragen Hilfe und Lösungen anbietet. Wir sind uns untereinander sehr viel näher gekommen, und die Politiker aller Couleur haben uns als ehrlichen, oft auch als unbequemen Ratgeber kennen gelernt.

2012 hat die LV Selbsthilfe noch eine sehr wertvolle weitere Aufgabenstellung erhalten. Die „Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung“ mit Frau Müller rundet das Angebot der Geschäftsstelle hervorragend ab. Apropos Geschäftsstelle: Das Herz eines solchen Verbandes wie unserer LV Selbsthilfe ist die treue Geschäftsstellenleiterin, unsere Frau Nell. Seit 1992 sorgt sie sich neben den wechselnden Vorständen um die Geschicke der LV Selbsthilfe und hat auch in sehr dramatischen Zeiten unsere Fahne hoch gehalten! Danke für dieses Engagement!

Ein auch mir sehr wichtiges Anliegen hat in diesem Jahr seine Erfüllung gefunden, die Einweihung des Gedenk- und Informationsortes für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde an der Philharmonie. Seit 2007 habe ich an dem Runden Tisch T4 , auch für die LV Selbsthilfe, teilgenommen und bin froh, dass der Einsatz so vieler heutiger Menschen für die Erinnerung an so viele hilflose ermordete Menschen jetzt endlich einen würdevollen Abschluss gefunden hat. Bitte lesen Sie den Bericht von Dr. Rudolf Turber in dieser Ausgabe. Auch Dr. Turber ist ein langjähriger Wegbegleiter der LV Selbsthilfe mit immer qualifizierten Berichten und Fotos, und auch diese Treue ist aus Anlass des 35. Jahrestag sehr dankenswert.

Nun noch ein Gruß an unseren jetzt amtierenden Vorstand und an die jetzigen Mitgliederverbände. Bitte machen Sie von sich reden, mit Sachlichkeit und Augenmaß, seien Sie mutig in politischen und feinfühlig in mitmenschlichen Belangen, aber unerbittlich in der Vertretung der Rechte von Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten, das wünscht sich Ihr 35 Jahre älter gewordenes Ehrenmitglied

Erika Lange

Inhalt

35 Jahre LV Selbsthilfe	2
Kultur inklusiv erleben	5
Ausflug von Regionalgruppen des AdP e.V.	7
Heim Dialyse Patienten e.V. feiert 10-jähriges Jubiläum	8
Meldestelle für barrierefreie Fernlinienbusse nimmt Fahrt auf	10
Eltern fordern bedarfsgerechte Betreuung für Kinder und Jugendliche	12
Ein Ort der Mahnung und Erinnerung	15
Interview mit VBB-Geschäftsführerin Susanne Henckel	18
Selbsthilfe in der Berliner Psychiatrie-Landschaft	21
Tag der offenen Tür in der LV Selbsthilfe	23
Rezension „Menschen mit geistiger Behinderung besser verstehen“	28
Praxisbeispiel aus der Antidiskriminierungsberatung	29
Die Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung	30
Termine	32
Notizen	34
Impressum	35

Kultur inklusiv erleben

Der Allgemeine Blinden- und Sehbehindertenverein (ABSV) arbeitet mit vielen Kultureinrichtungen zusammen, um die Kultur- und Freizeitangebote der Hauptstadt auch blinden und sehbehinderten Menschen zugänglich zu machen.

Bei der Vermittlung sind drei Aspekte besonders wichtig:

1. Kunstwerke und Objekte können angefasst werden.
2. Tastbare Modelle oder Reliefs vermitteln einen Eindruck der Objekte, die nicht direkt berührt werden können.
3. Durch geschultes Personal oder über spezielle Audioguides werden die Kunstwerke, Objekte und Räumlichkeiten genau beschrieben.

Es hat sich gezeigt, dass diese Art der Vermittlung längst nicht nur für blinde und sehbehinderte Menschen interessant ist, sondern für alle Menschen, egal, ob mit oder ohne Behinderungen. Auch für sehende Personen ist es sehr lohnenswert, Dinge berühren zu können, durch Pläne und Skizzen Objekte besser zu verstehen und durch fundierte Erläuterungen umfassenderes Wissen über Kulturgüter zu erhalten. Durch das gemeinsame Erleben ist ein intensiver Austausch von behinderten und nicht behinderten Menschen möglich, bei dem jeder



Foto: ABSV/ Rändel

Tastführung in der Alten Nationalgalerie

bestmöglich seine ganz persönlichen Erfahrungen und Stärken einbringen kann.

Zukünftig möchte sich der ABSV verstärkt dem Thema Inklusion widmen und mit Museen und anderen Kulturpartnern neue Wege gehen. Der ABSV ist dabei, ein Netzwerk zu initiieren, in dem die bisher speziell und ausschließlich für blinde und sehbehinderte Menschen entwickelten Führungen und Besichtigungen gemeinsam mit Museen und anderen Kultureinrichtungen sowie mit verschiedenen Behindertenverbänden so weiterentwickelt werden, dass diese sich zu inklusiven Angeboten mit hoher kultureller Qualität für alle interessierten Kulturfreunde entwickeln. Die inklusiven Angebote zeichnen sich u. a. aus durch sehr persönliche und dialogische Gestaltung, besondere Nähe zu den Ausstellungsobjekten, Möglichkeit zum Betasten von Objekten

durch alle Teilnehmer, zusätzliche Medien wie Modelle, tastbare Pläne sowie Brailleschrift, Gebärdensprache und Leichte Sprache zur Veranschaulichung des Themas in einer für die jeweiligen Teilnehmer geeigneten Form.

Organisationen, die dabei mit dem ABSV kooperieren möchten, können sich gerne bei uns melden unter:

Tel. 030 895 88-0

oder

E-Mail: freizeit@absv.de

Interessenten, die an den Angeboten des ABSV teilnehmen möchten, sind uns herzlich willkommen.

Die Termine der Kultur- und Freizeitveranstaltungen stehen im Kulturkalender des ABSV unter www.absv.de/kulturveranstaltungen.

*Dirk Sorge,
Arbeitskreis Kultur und
Freizeit im ABSV*



Mitglieder der Regionalgruppen des AdP beim Ausflug

Ausflug von Regionalgruppen des AdP e.V.



Am 16. Juli 2014 sind 39 Mitglieder der Regionalgruppen Berlin/ Brandenburg/ Dresden des AdP e.V. Bauchspeicheldrüsenerkrankte der herzlichen Einladung der Regionalgruppenleiterinnen Frau Hübenthal und Frau Sieck zum Ausflug in die REHA-Klinik Lübben gefolgt. Das Programm für diesen Tag war vielversprechend. Pünktlich um 08:30 Uhr ging es mit dem Bus bei blauen Himmel und Sonnenschein Richtung Lübben. Dort angekommen wurden wir herzlich von Diplom-Psychologin Frau Zwikirsch in Empfang genommen und durch die Reha Einrichtung geführt. Schon bei dem Rundgang war zu spüren, dass der Leitspruch der Klinik: „Rehabilitation mit Kompetenz und Herz“ hier gelebt und umgesetzt wird. Nach dem Rundgang empfing uns die Chefarztin des Hauses Frau Dr. G. Rex ebenso herzlich und stellte sich dann zusammen mit einer Sozialarbeiterin den zahlreichen Fragen von uns Mitgliedern. Die gestellten Fragen waren so vielseitig und umfangreich, dass wir nach einem kurzen Imbiss und wohltuenden Getränken Probleme hatten unsere weiteren geplanten Termine pünktlich im Anschluss zu erreichen. Mit dem Reise-Bus ging es dann mit Verspätung Richtung Glashütte. Hier ging es in die Glasmanufaktur bzw. in das Museum, wo wir bei einem Live- Vorführung der „alten

Glasbläserei “ beiwohnen konnten. Ich persönlich fand es sehr gut, einmal das uralte Handwerk live erleben zu dürfen. Somit war vor dem leckeren gemeinsamen Kaffeetrinken für jedermann Zeit, das „Handwerks-Dorf“ im Dorf Glashütte zu erkunden. Hier wurden viele Handwerke der Vergangenheit vorgestellt und neu präsentiert.

Auch beim anschließenden Kaffeetrinken wurden immer wieder Erfahrungen, Tipps und Ratschläge



zu den jeweiligen Erkrankungen der Bauchspeicheldrüse ausgetauscht. Ich persönlich finde es gut und ganz wichtig, dass sich auch an diesen Tagen dadurch gegenseitig eine Art von Hilfestellung gegeben wird.

Ich möchte an dieser Stelle allen Gruppenmitgliedern der RG Berlin/ Brandenburg/ Dresden für diesen schönen gemeinsamen Tag, den Mitarbeitern der REHA-Klinik Lübben für Ihren Einsatz, den Krankenkassen der jeweiligen Bundesländer für die

Projektförderungen, Frau Barbara Zwikirsch für die hervorragende Planung im Vorfeld und ganz besonders Barbara Hübenthal und Karla Sieck für die exzellente Organisation und

Durchführung des Ausflugs, danken.

*Bericht und Fotos:
Lutz Otto, Magdeburg*

Heim Dialyse Patienten e.V. feiert 10-jähriges Jubiläum

Am 11. Oktober 2014 endete für den Heim Dialyse Patienten e.V. eine Ära vor äußerst feierlichem Hintergrund. Der Vorstand hatte die Mitglieder vormittags zur Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Vorstands ins Hotel Atrium in Mainz eingeladen. Abends sollte sich dann noch eine Jubiläumsfeier anschließen.

Die Wahl des Veranstaltungsortes war bewusst auf Mainz gefallen, denn hier war der bundesweit tätige Verein mit Sitz in Berlin vor 10 Jahren gegründet worden. Die erste Vorsitzende Marion Petznick hatte bereits vor über einem Jahr zu verstehen gegeben, dass sie nun nach so langer Zeit gerne die Leitung des Vereins abgeben würde. Der bisherige Vorstand bestehend aus Marion Petznick (erste Vorsitzende), Kai Birkmann (zweiter Vorsitzender), Heinz Dittmann (Kassenwart) und Annette Hach-Jung (Schriftführerin) sowie den Beisitzern Anne Timmer und Dirk Spannenkrebs wurde von der Mitgliederversammlung entlastet. Im Anschluss daran wurde der neue Vorstand wie folgt gewählt: Kai Birkmann (erster Vorsitzender, keine weiteren Kandidaten), Jörg Rockenbach (zweiter Vorsitzender, keine weiteren

Kandidaten), Heinz Dittmann (Kassenwart, keine weiteren Kandidaten) und Martina Ohmann (Schriftführerin, eine weitere Kandidatin). Die Mitgliederversammlung verzichtete mit nur zwei Gegenstimmen auf die erneute Wahl von Beisitzern.

Frau Petznick bedankte sich noch einmal für die tolle Zeit, die sie als Vorsitzende über 10 Jahre mit dem Verein verbringen durfte und wünschte dem neu gewählten Vorstand, den sie sich als „Dreamteam“ gewünscht hatte, für die weiteren Jahre alles Gute und viel Erfolg.

Die Mitgliederversammlung ließ es sich jedoch nicht nehmen, Frau Petznick zur Ehrenvorsitzenden zu wählen, ein raffinierter Schachzug, wie Frau Petznick später lachend be-

merkte, weil sie sich so nun doch noch nicht so ganz aus aller Verantwortung entlassen sah.

Am Abend kam man im festlich gedeckten Saal zusammen, um die Feierstunde zu begehen, die unter der Schirmherrschaft von Dr. Frank-Walter Steinmeier stand. Als Gäste waren langjährige Wegbegleiter erschienen, die dem Verein durch ihre Tätigkeit immer wieder besondere Impulse oder Unterstützung gegeben hatten.

Frau Petznick resümierte zunächst mit einem lachenden und einem weinenden Auge die vielen schönen Jahre an der Spitze dieses Vereins, der ihr so viel bedeutete und sicher auch einen Teil Ihres Lebenswerkes darstellt. Anschließend übergab sie in einem feierlichen Akt Ihrem Nachfolger Kai Birkmann den Stab, der dann durch den weiteren Abend führte. In seiner Laudatio für Frau Petznick betonte er noch einmal, welche besondere Persönlichkeit ihm an diesem Abend den Stab übergeben hatte. Im weiteren



Feierliche Stabübergabe: Marion Petznick und Kai Birkmann, Jörg Rockenbach

Verlauf richtete Dr. Michael Nebel als vielleicht überzeugtester Fürsprecher für die Heimhämodialyse in Deutschland ein Grußwort an die Anwesenden, ebenso wie Gerlinde Bendzuck, die als Vertreterin der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V. angereist war und in Ihrem Wortbeitrag auf die Bedeutung der Selbsthilfearbeit und deren Herausforderungen einging. Kai Birkmann verlas das Grußwort von Dr. Frank-Walter Steinmeier, der dem Verein auch für die nächsten 10 Jahre viel Erfolg in einem durch Organspendeskandale verunsicherten Umfeld wünscht. Aufgelockert wurde die Feierstunde von dem musikalischen Duett Saxiom, einer Paarung von Saxophon und Gitarre, die die Anwesenden mit ihren selbst komponierten Stücken stimmungsvoll verzauberten. Noch erheblich zauberhafter wurde es dann im Verlaufe des weiteren Abends durch den Magier Carsten

Skill, der die Gäste mit unglaublicher Fingerfertigkeit die Magie teilweise in den eigenen Händen erfahren ließ und so immer wieder für verblüffte Lacher sorgte.

So ging schließlich eine Feier zu Ende, an die die Anwesenden sicher noch lange gerne zurück denken werden. Möglich geworden war dies insbesondere durch die großzügige Unterstützung durch die BKK, die den Verein schon seit vielen Jahren in seiner gemeinnützigen Selbsthilfearbeit unterstützt. Hierfür gilt ihr ein besonderes Dankeschön.

Kai Birkmann

Foto: Bernd Leinweber;

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Diatra-Journals, Fachzeitschrift für Nephrologie und Transplantation, www.diatra-verlag.de

Meldestelle für barrierefreie Fernlinienbusse nimmt Fahrt auf

Fragen und Beschwerden rund um den Fernlinienbus: Meldestelle des BSK bietet bundesweit erste Anlaufstelle für Reisende mit Behinderung

Die BAG SELBSTHILFE begrüßt die Meldestelle auch als prüfende Einrichtung, die Fernbuslinienbetreiber zur Einhaltung der ab dem 1. Januar 2016 geltenden gesetzlichen Verpflichtung anhält, barrierefreie Neufahrzeuge einzusetzen.

Zum 1. Oktober hat die Meldestelle für barrierefreie Fernlinienbusse des Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK) ihre Arbeit aufgenommen. Der BSK bietet damit die erste Anlaufstelle bei Fragen und Beschwerden für Reisende mit Behinderung.



Meldestelle für Fernlinienbusse, Julia Walter

„Fernlinienbus-Betreiber sind gesetzlich verpflichtet, ab dem 1. Januar 2016 Neufahrzeuge einzusetzen, die barrierefrei sind“, betont Ulf-D. Schwarz, Geschäftsstellenleiter beim BSK.

Die neue Meldestelle soll als Ansprechpartner für verschiedene Akteure zur Verfügung stehen. Sie wird sowohl die Beratung von Reisenden mit Behinderung und die Überprüfung der Barrierefreiheit der Fernlinienbusse durch Testfahrten vornehmen, sowie die Kontaktaufnahme zu allen Beteiligten (Fernlinienbus-Hersteller, -Betreiber, Politik) und das Ahnden von Missständen bei nicht barrierefreien Fernlinienbussen vornehmen.

„Unser konkretes Ziel ist es auch, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Auge zu behalten. Denn darin ist die Herstellung der Barrierefreiheit verankert“, sagt Schwarz. Julia Walter leitet die neue Meldestelle und ist auf die Resonanz gespannt: „Wir haben bislang keine Erfahrungswerte, von wem und wie häufig unsere Meldestelle frequentiert wird“, erklärt sie. „Für unseren Verband ist es jedoch wichtig, dass Reisende mit Behinderung eine kompetente Ansprechpartnerin haben, die ihnen bei allen Fragen zum Thema Reisen mit dem Fernlinienbus zur Seite steht.“



Bis zur stufenweise Einführung der Barrierefreiheit bei den Fernlinienbussen ist die Meldestelle im Aufbau befindlich und von Montag bis Donnerstag, 9.00 bis 16.00 Uhr und Freitag von 9.00 bis 13.30 Uhr unter der Telefonnummer 030 8145268-53 und per Email unter julia.walter@bsk-ev.org erreichbar.

Eltern fordern bedarfsgerechte Betreuung für Kinder und Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf

Eltern der Charlotte Salomon Grundschule in Berlin-Kreuzberg starten Berlin-weite Protestwelle, gerichtet an Senatsverwaltung und Abgeordnetenhaus. Auslöser: Kürzungen in der Betreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, die der Senat zu Beginn des Schuljahres vorgenommen hatte.

Bereits im Mai 2011 hatten sich Berliner Eltern und Vereine zusammengeschlossen, und sich mit einer Resolution (s. http://gipfeltreffen.inklusive-bildung-berlin.de/dokumente/2011-05-19_Resolution-Elterngipfel-Berlin_F3.pdf) an den Berliner Senat gewandt. Sie forderten „einen eigenständigen, bedarfsge-

rechten Etat zur Umsetzung der Inklusion (das gemeinsame Unterrichten von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung)“. Ein solcher wurde bis heute nicht eingerichtet.

Die Forderung der Eltern bezieht sich auf die „Deckelung“ der vom Senat finanzierten Schulhelferstunden. Die Schulhelfer_innen sind tragende



Eltern und Kinder der Charlotte Salomon Grundschule in Berlin-Kreuzberg starten Berlin-weite Protestwelle für inklusive Schule

Säulen der inklusiven Schule: Sie unterstützen Schüler_innen mit Sinnesbehinderungen, Körperbehinderungen, geistigen Behinderungen, und Kinder mit Autismus. Das pro Bezirk zur Verfügung stehende Budget zur Finanzierung der Schulhelfer_innen wurde seit 2008 nicht mehr angepasst; die verfügbaren Mittel bleiben unverändert, während die Zahl der Kinder mit Anspruch auf Unterstützung jedes Jahr steigt.

Als das jetzige Schuljahr an der Charlotte Salomon Grundschule erneut mit der Mitteilung des Senats zur Kürzung der Schulhelferstunden begann – diesmal um 20 Prozent – riss den Eltern endgültig der Geduldsfaden. Eine schulübergreifende Elternversammlung wurde einberufen, Arbeitsgruppen gebildet und Protestaktionen koordiniert. Eine Petition ist in Planung; sie richtet sich an die Berliner Senatsverwaltung und das Abgeordnetenhaus, mit der immer noch geltenden Forderung eines bedarfsgerechten Etats für die Realisierung von Inklusion an den Berliner Schulen.

Der Protest wird mitnichten ausschließlich von Eltern getragen, deren Kinder in erster Linie betroffen sind; Eltern von Kindern, die keine Unterstützung durch Schulhelfer_innen erhalten, setzen sich gleichermaßen ein: „An unseren Grundschulen wächst die Gesellschaft von morgen heran. An inklusiven Schulen lernen Kinder besonders eindrücklich, aber doch ganz nebenbei, die Bedeutung von Vielfalt, von Toleranz und Solidarität! Wer will, dass unsere Kinder diese Werte in die Gesellschaft tragen, der muss sich für

Inklusion stark machen!“

Bei dem Konzept der Inklusion handelt es sich nicht nur um eine schöne Idee, sondern um ein Menschenrecht: Laut der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, welche Deutschland gesetzlich anerkannt hat, steht die „normale“, also die Regelschule, jedem Kind offen – ob mit oder ohne Förderbedarf (Art. 24 Abs. 2a CRPD). Inklusion wird also auch umgesetzt, um der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht zu werden; besonders nachdem Deutschland 2007 von der UN für mangelnde Inklusion im Schulsystem kritisiert worden war.



Übergabe der Deklaration – So geht's nicht – es reicht jetzt! durch Berliner Eltern an Senatorin Scheeres am 8. Oktober 2014

Nach dem Berliner Schulgesetz soll die „Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf [...] vorrangig im gemeinsamen Unterricht erfolgen“ (§4 Abs. 3 SchulG). Das Konzept der inklusiven Schule wurde 2011 vom Berliner Senat und dem Berliner Abgeordnetenhaus auf den Weg gebracht. Förderzentren – das sind Sonderschulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen – in Berlin werden nach und nach geschlossen, so dass diese Schülerinnen und Schüler notwendigerweise an Regelschulen aufgenommen werden müssen.

Doch aus der Deckelung des Schulhelfer_innen-Etats resultiert eine absurde Situation: Die Zunahme an Inklusion führt zu einer schlechteren Versorgung in der Praxis. „Inklusion funktioniert eigentlich wunderbar! Kaputtgemacht wird das Konzept ausgerechnet von der kurzsichtigen Berliner Politik und der Senatsverwaltung“, ärgert sich ein Elternvertreter. Die Entscheidungsträger im Senat für Bildung, Jugend und Wissenschaft, sowie im Senat für Finanzen verständigen Inklusion eher als „Sparkonzept“, so die Wahrnehmung der Eltern.

Der chronische Mangel offenbart sich alljährlich zu Schuljahresbeginn: Dann werden die zur Verfügung stehenden Betreuungsstunden unter den Berliner Schulen aufgeteilt. Erstreitet sich eine Schule mehr Stunden, werden diese an einer anderen Schule gekürzt. Das bedeutet: Einige Kinder kommen unwillkürlich zu kurz und werden schlecht versorgt. Die Leid-

tragenden sind die betroffenen Kinder selbst, sowie die Schulhelfer_innen, Eltern, Lehrer_innen und Erzieher_innen, die diese Minderversorgung auffangen müssen – zu Lasten der ganzen Klassengemeinschaft.

Wie erklären sich die Betroffenen diese anhaltende Schiefelage, wo doch der politische Wille bekräftigt wird, und die Senatsverwaltung seit Jahren eine Arbeitsgruppe zum Thema Inklusion unterhält? Vielleicht so: „Wenn die wirklich wissen wollten, wie Inklusion im Schulalltag erfolgreich und nachhaltig umgesetzt werden kann – dann sollten sie mal mit uns und unseren Kindern sprechen!“

Die Eltern der Charlotte Salomon Grundschule, Großbeerenstraße 40, 10969 Berlin, vernetzen sich mit Eltern anderer Schulen in ganz Berlin, sowie mit Vereinen und Verbänden für Menschen mit Behinderungen, um politischen Druck auf die Senatsverwaltung und das Abgeordnetenhaus auszuüben.

Weitere Informationen:

<http://inklusive-schule-berlin.de>
[im Aufbau]

Kontakt:

inklusive.schule.berlin@gmail.com

Ein Ort der Mahnung und Erinnerung



Dr. Rudolf Turber

Mehr als 300 Menschen hatten sich am 2. September 2014 im Foyer der Philharmonie eingefunden, um der feierlichen Übergabe eines Gedenk- und Informationsortes für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde beizuwohnen. Gekommen waren Politiker, Vertreter von Behindertenverbänden und anderen Organisationen, Diplomaten, Schüler und viele andere.

In der Tiergartenstraße 4 befand sich die Zentrale der Organisation, die den Massenmord an Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten unter dem Decknamen „T 4“ initiierte und organisierte. Diesem verbrecherischen Programm fielen bis 1941 mehr als 70.000 Menschen aus Deutschland zum Opfer und während des Krieges weitere 300.000 Menschen in den besetzten Gebieten. Weitere 400.000 Menschen wurden zwangssterilisiert.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, erklärte hierzu: „...es war hohe Zeit, dass auch diese Gruppe von Opfern der nationalsozialistischen Unmenschlichkeit endlich ein eigenes Gedenken er-

fährt...“. Damit solle ein wichtiges Zeichen „gegen Ausgrenzung, Intoleranz und Feindseligkeit gesetzt werden.“

Es dauerte wirklich lange, bis in der Bundesrepublik dem Gedenken an diese Opfer Raum eingeräumt wurde, von Entschädigung für die Überlebenden ganz zu schweigen.

Die Täter lebten nach dem Krieg weitgehend unbehelligt weiter, viele der beteiligten Ärzte waren weiter in ihrem Beruf tätig. Andere wurden sogar noch als Tote geehrt, wie Herbert Linden, der als „Reichsbeauftragter der Heil- und Pflegeanstalten“ einer der Hauptverantwortlichen des Mordprogramms war. Er, der sich der Verantwortung durch Selbstmord entzog, erhielt auf dem Waldfriedhof in Berlin-Zehlendorf ein „Opfergrab mit dauerhaftem Ruherecht“, das mit öffentlichen Mitteln bis heute gepflegt wird. Als die Bezirksstadträtin von Steglitz-Zehlendorf jetzt ankündigte, dass ihr Amt die Pflege des Linden-Grabes einstellen werde, wurde sie in einem Schreiben der Umwelt-Senatsverwaltung scharf zurechtgewiesen, dass sie dazu nicht berechtigt sei.

(„Senat will Verbrechergrab weiter pflegen“, Berliner Zeitung, 6./7.09.2014) Der Streit dauert an.

Den Opfern wurde dagegen lange ihre Anerkennung durch Staat und Gesellschaft verweigert. Nur langsam setzte sich das Gedenken an die unschuldigen Opfer durch. Es entstan-

den in den früheren Tötungsanstalten Stätten der Erinnerung. Seit 1989 weist eine schlichte Metallplatte am früheren Sitz der Zentrale auf diese Verbrechen hin, bei der sich Menschen mit Behinderung jährlich zum Gedenken an die Toten trafen. Schließlich gründete sich 2007 ein Runder Tisch „Überlegungen zur Umgestaltung des 'T 4'-Gedenkortes“, der entsprechende Vorschläge erarbeitete. An einem Gestaltungswettbewerb nahmen zahl-

reiche Künstlerinnen, Künstler und Landschaftsarchitekten teil.

Im Jahr 2011 beschloss der Deutsche Bundestag, am historischen Ort der Planungszentrale eine Erinnerungsstätte zu errichten. Diese wurde nun von Kulturstatsministerin Monika Grütters, dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und dem Vizepräsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft Prof. Peter Funke in einer Feierstunde der Öffent-



Foto: Dr. Turber

lichkeit übergeben.

Beim Gedenk- und Informationsort handelt es sich um eine vierundzwanzig Meter lange blaue Glaswand, die auch nachts durch LED markiert ist. Ihr gegenüber befindet sich ein dreiunddreißig Meter langes Informationselement, das mit Texten und Dokumenten über die Opfer der NS-“Euthanasie“ informiert. Die barrierefreie Bodenfläche der Gedenkstätte ist von allen Seiten her schwellenlos begehbar. Die Informationen sind in deutscher, englischer und Leichter Sprache erfahrbar, ebenso durch Gebärdenvideos für gehörlose Men-

schen und auf akustischem Wege für blinde und sehschwache Menschen. Die Ermordeten bekamen wieder Namen und Gesichter. Mit der Gestaltung entstand ein eindrucksvoller Ort der Erinnerung.

Die neue Gedenkstätte entstand nach Plänen der Architektin Ursula Wilms, des Künstlers Nikolaus Koli- usis und des Landschaftsarchitekten Heinz W. Hallmann.

Eine Frage bleibt: Warum wurde eigentlich die schon vorhandene Gedenkplatte daneben nicht in das Ensemble einbezogen?

Dr. Rudolf Turber



**Die bereits vor-
handene „alte“
Gedenkplatte in der
Tiergartenstraße 4**

Interview mit VBB-Geschäftsführerin Susanne Henckel

Der kostenlose Bus & Bahn Begleitservice des VBB ermöglicht seit 2008 vielen mobilitätseingeschränkten Berliner_innen und Gästen der Stadt Teilhabe und erfüllt damit eine wichtige soziale Funktion. Das Interview führte Gerlinde Bendzuck.



Die gute Idee - Langzeitarbeitslose werden als Begleiter für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel qualifiziert - wird mittlerweile deutschlandweit kopiert, und die Zahl von rund 70.000 Begleitungen sowie eine hohe Kundenzufriedenheit sprechen für sich. Die Nachfrage übertrifft bei Weitem die Begleitkapazitäten. Ich gehöre ebenfalls zu den dankbaren Nutzer_innen, und hätte ohne den Begleitservice meine Ehrenämter in den letzten Jahren nicht in diesem Umfang ausüben können.

Auch die Politik erkennt inzwischen an, dass der Begleitservice ein wichtiger Baustein innerhalb der Mobilitätshilfen in Berlin ist. Doch der Begleitservice stößt an strukturelle Grenzen: er ist ein „Projekt“, daher müssen sich die Verantwortlichen immer wieder um neue Trägerstrukturen, Finanzierung, Gewinnung von Begleitern (deren Maßnahmen werden meist nur bis 24 Monate finanziert) und deren Qualifizierung kümmern. Deshalb gab es schon mehrere „Flaute“-Zeiten mit reduziertem Begleitangebot, und auch

in diesem Jahr war der Begleitservice von der Abwicklung bedroht. Nachdem im ersten Halbjahr 2014 viele befristete Arbeitsverträge planmäßig ausgelaufen waren und demzufolge Begleiter fehlten, konnte mit Hilfe und Unterstützung durch Arbeitssenatorin Kolat und die Berliner Job Center eine Lösung für 2014 und 2015 gefunden werden. Ich sprach mit Susanne Henckel, Geschäftsführerin des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg, über die aktuelle und zukünftige Situation:

Welches Angebot können Sie zurzeit anbieten, nehmen Sie überhaupt noch neue Kunden?

Grundsätzlich werden neue Kundinnen und Kunden immer begleitet damit sie die Möglichkeit haben, unser Dienstleistungsangebot für sich zu prüfen. Allerdings können wir lei-



**VBB-Geschäftsführerin
Susanne Henckel**

der zurzeit nicht alle Begleitwünsche erfüllen, denn von ehemals durchschnittlich 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind aktuell nur 16 in der Begleitung unterwegs. Dies hat natürlich zu massiven Einbrüchen bei der Anzahl von Begleitungen unserer mobilitätseingeschränkten Kundinnen und Kunden geführt. Das ist für alle Beteiligten eine schwierige Situation, die sich aber absehbar ändern wird.

Wie wird sich Ihr Service für die Kunden in den nächsten Monaten wieder verbessern?

Nachdem wir im Herbst fast vor dem Aus standen, sind wir sehr froh, dass wir wieder neue Arbeitsstellen für den Bus & Bahn-Begleitservice anbieten können. Die neuen Begleiterinnen und Begleiter müssen nun erst einmal geschult werden, bevor sie in den Einsatz können. Aktuell stecken wir mitten in der Qualifizierung, nach und nach werden wir dann die Begleitungen wieder aufstocken können. Wir gehen davon aus, dass wir bis Mai kommenden Jahres wieder unser volles Angebot zur Verfügung stellen können. Bis dahin versuchen wir alles, um die Einschnitte für unsere Kundinnen und Kunden so gering wie möglich zu halten.

Wie lange ist der Begleitservice erst einmal „gesichert“?

Wir gehen davon aus, dass der Begleitservice vorerst für die kommenden beiden Jahren gesichert ist. Jedoch sind wir dabei von der Gesetzgebung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Arbeitsmarktförderung abhängig.

Warum ist der Begleitservice auch für die Begleiter eine Erfolgsgeschichte?

In der Wirtschaft spricht man von einer win-win Situation, weil beide Seiten voneinander profitieren. Der Großteil der Begleiter hat über Jahre Ausgrenzung durch fehlende Arbeitszusammenhänge erfahren, mit all den damit verbundenen Begleitererscheinungen. Unsere Kunden erleben ebenfalls Ausgrenzung durch fehlende oder massiv eingeschränkte Mobilität. Beide Gruppen haben das Gefühl angewiesen zu sein auf das Wohlwollen und die Unterstützung von Anderen. Und das ist nicht nur ein Gefühl, sondern oft auch Tatsache. Durch den Begleitservice wird diese Abhängigkeit partiell aufgehoben: Unsere Kunden können selbstbestimmt ihren Weg, wohin auch immer, bewältigen und die Begleiter gehen einer Tätigkeit nach, die von den Kunden und auch von anderen Fahrgästen wertgeschätzt wird. Und letztlich eröffnen sich auch Chancen auf einen Wiedereinstieg in das Berufsleben. Immerhin haben fast 20 Prozent unserer ehemaligen Begleiter einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden!

Welche Struktur würden Sie sich im Sinn der Kunden und Begleiter für die Zukunft des Begleitservice wünschen?

Wir brauchen für die Zukunft eine stabil gesicherte Grundstruktur, unabhängig von der Arbeitsmarktförderung, die politischen Rahmenbedingungen unterworfen ist. Mit einer soliden Struktur, die einen Stamm von erfah-

renen Begleitern, die Einsatzleitung und die Finanzierung unserer Einsatzzentrale einschließt, könnten wir alle zwei Jahre neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Arbeit im Begleitservice qualifizieren, ohne solch massive Einschränkungen für die Kunden, wie wir sie gerade erleben.

Was können wir als Kunden und LV Selbsthilfe tun, um den Begleitservice dauerhaft zu sichern?

Dass es den Begleitservice überhaupt weiter gibt, hat bereits sehr viel mit dem Engagement und der Unterstützung von Kundinnen und Kunden, Interessensvertretungen, wie der LV Selbsthilfe und anderen Unterstützern zu tun. Ohne Ihr Engagement, Ihre Briefe und Beschwerden an politische Entscheidungsträger, bis hinein in den Bundestag, wäre es deutlich schwieriger gewesen, den Begleitservice für die kommende Zeit zu sichern. Dafür an dieser Stelle noch einmal alle Beteiligten unseren herzlichen Dank!

Darüber hinaus sollten wir auch weiterhin gemeinsam bekräftigen, dass Vielfalt, Engagement und erlebbare gegenseitige Unterstützung etwas sehr Wichtiges sind in unserer Gesellschaft. Über den VBB Bus & Bahn-Begleitservice machen wir genau das tagtäglich im Berliner Nahverkehr für alle Fahrgäste deutlich.

Wir bedanken uns für das Gespräch.

Selbsthilfe in der Berliner Psychiatrie-Landschaft

Die meisten Menschen werden in ihrem Leben die Erfahrung schwerer psychischer Krisen machen.

So gibt es in Berlin ca. 150 Selbsthilfegruppen, die sich mit Depressionen, Ängsten, Schizophrenie, Stimmenhören, Bipolaren Störungen oder weiteren psychischen Störungen befassen.

Ein Teil von ihnen ist in den vier größeren Selbsthilfeorganisationen mit jeweils über 100 Mitgliedern organisiert:

- Berliner Organisation Psychiatrie-Erfahrener und Psychiatrie-Betroffener e. V. (BOP&P)
- bipolaris – Manie & Depression Selbsthilfevereinigung Berlin-Brandenburg e. V.
- Netzwerk Stimmenhören e. V. (NeSt)
- Landesverband Berlin der Angehörigen psychisch Kranker e. V. (ApK Berlin)

Zum ersten Mal haben sich diese Organisationen zusammen gefunden, um eine gemeinsame Veranstaltung durchzuführen. Am 12. September tauschten sich ca. 80 Besucher über die „Wirksamkeit der Selbsthilfe in der Psychiatrie-Landschaft: Chancen, Grenzen und Konzepte“ aus. Ermöglicht wurde die Veranstaltung durch die Koordination und Unterstützung der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin.

Dass die Kommunikation über Internet und Handy-Apps Auswirkungen

gen auf die klassische Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen hat, erläuterte Gerlinde Bendzuck, die Vorsitzende der Landesvereinigung Selbsthilfe. Sicherlich wird es weiterhin klassische Selbsthilfegruppen geben, aber Formen der Selbsthilfe über das Netz werden zunehmend wichtiger. Frau Bendzuck stellte sehr interessante Überlegungen zu einer möglichen Handy-App an, die neue Möglichkeiten der Selbsthilfe für alle gesundheitsbezogenen Themen bietet.

Menschen, die Stimmen hören und ihre Angehörigen finden im Netzwerk Stimmenhören Rat. Zusätzlich zum Gespräch in klassischen Selbsthilfegruppen findet in Trialoggruppen ein Austausch unter Betroffenen sowie Angehörigen und professionellen Helfern statt. Davon berichtete Ingrid Krumik sehr anschaulich.

Reinhard Wojke, Vorstand des BOP&P, zeigte auf, dass Selbsthilfearbeit bedeutend mehr ist, als die klassische Selbsthilfegruppe. Er berichtete von der vielfältigen Gremienarbeit und Interessenvertretung auch auf politischer Ebene.

Auch die „Angehörigen psychisch Kranker“ sind im Bereich der verfassten Selbsthilfe und in der Beratung sehr aktiv. Über ein Dutzend Selbsthilfegruppen sind entweder nach Verwandtschaftsgrad oder nach Themen organisiert. Marianne Schumacher, Vorstandsmitglied des ApK, stellte die Arbeit dieser mit 25 Jahren ältes-

ten Selbsthilfeorganisation im Bereich seelischer Gesundheit vor.

Das Vertrauen in sich selbst und in die Umwelt ist gerade in schweren psychischen Krisen erschüttert. Eine Selbsthilfegruppe kann dazu beitragen, dieses Vertrauen wieder zu gewinnen. Diesem Thema widmete sich der Vorsitzende von bipolaris, Uwe Wegener, im letzten Referat des Abends.

Im Anschluss an diese sehr infor-

mative Veranstaltung lud der ApK aus Anlass seines 25-jährigen Bestehens zu einem Sektempfang.

Ohne die tatkräftige Mithilfe der LV Selbsthilfe und die finanzielle Unterstützung der AOK Nordost wäre diese Veranstaltung nicht machbar gewesen. Dafür möchte ich mich im Namen der beteiligten Organisationen ganz herzlich bedanken!

*Uwe Wegener,
bipolaris e. V.*



Podium der Veranstaltung am 12.09.2014, (v.l.n.r.) Reinhard Wojke, Marianne Schumacher, Gerlinde Bendzuck, Cornelia Baltscheit (Moderation), Ingrid Krumik und Uwe Wegener

Tag der offenen Tür in der LV Selbsthilfe

Am 25. September 2014 öffneten wir nachmittags unsere Türen und gaben unseren Mitgliedern, Netzwerkpartnern und Interessierten die Gelegenheit, sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen. Der Vorstand und die Mitarbeiterinnen der LV Selbsthilfe standen für Gespräche zur Verfügung. Gäste aus Mitgliedsverbänden, Partner_innen von Krankenkassen und Verwaltung, befreundete

Organisationen, Nachbar_innen und viele andere haben uns an diesem Tag besucht. Bei selbstgebackenem Kuchen und traditioneller Soljanka von Oma Kramer hatten wir ein buntes Kommen und Gehen in unserer Geschäftsstelle in Mitte. Wir bedanken uns für das rege Interesse und die guten Gespräche!



Alte und neue Vorsitzende (v.l.n.r.): Dr. Manfred Schmidt, Gerlinde Bendzuck, Erika Lange



Heike Rau vom VBB-Bus & Bahn Begleitservice – ein Interview zur gegenwärtigen Lage und Zukunft des Begleitservice steht in diesem Heft

Jörg Sendlewski, Schatzmeister der LV Selbsthilfe, mit Detlef Fronhöfer, AOK Nordost. Im Hintergrund: Erika Lange und Brigitte Meyer-Obi (SEKIS)



Der gesundheitspolitische Sprecher Bündnis 90/ Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Heiko Thomas (r.), im Gespräch

**Geschäftsstellen-
leiterin Martina Nell
mit einem unserer
Redakteure
Dr. Rudolf Turber**



**Zweier- und Dreiergrüppchen: im Hintergrund Gisela Kiank (LSVB) und
Hannelore Rohde-Käßling (Vorstand LV Selbsthilfe), im Vordergrund
Ingrid Hilscher (r., Freundeskreis Camphill) und Erika Lange (l.)**



**Carlo Murro vom Integrationsfachdienst Berlin
Mitte im Gespräch mit Franziska Müller,
Antidiskriminierungsberatung**



**Was wäre die beste Feier
ohne ein gutes Küchen-
team: Danke an unsere
fleißigen Helfer Kyra
und Felix!**

Wir danken der Familie Sendlewski, Oma Kramer und dem Weingut Pierre Laforest, sowie Herrn Adrian Rettich für ihre freundliche Unterstützung.

Fotos: Ute Schirmack

***Große Runde im kleinen Büro, im Vordergrund
Monika Matschke vom BSK***



Rezension

Marga Hogenboom: Menschen mit geistiger Behinderung besser verstehen

Bereits in der 4. Auflage beschreibt Marga Hogenboom verschiedene geistige Behinderungen und hat dazu ihre Ausführungen auf den neuesten medizinischen Stand gebracht. Der Titel der Buches bringt es zum Ausdruck: hier steht der individuelle Mensch im Vordergrund und nicht seine Behinderung. Die Autorin bringt den Menschen mit einem genetischen Syndrom und ihrer Menschlichkeit sehr wohlthuend einen hohen Respekt entgegen. Ein Umstand, der im medizinischen oder betreuenden „Betrieb“ schnell mal vergessen wird. Und sie macht deutlich: Menschen mit genetischen Syndromen haben nicht in jedem Fall die freie Wahl über ihr ‚gutes‘ oder ‚schlechtes‘ Benehmen, ihre Gefühlsreaktionen oder ihre Fähigkeit, soziale Beziehungen zu pflegen.

Marga Hogenboom lässt die Leser an ihren Beobachtungen teilhaben, beschreibt u.a. mit Portraits von Einzelpersonen das „Wesen“ bestimmter Syndrome. Sie entlarvt feinfühlig, welche „Überlebensstrategien“ Menschen mit einer syndromal bedingten geistigen Behinderung entwickeln und stellt für einige Syndrome therapeutische Maßnahmen vor, die nach ihrer Erfahrung einen positiven Effekt erzielen und den beschriebenen Kindern und Jugendlichen zu mehr Selbstbestimmung verholfen haben.

Dieses Buch gibt jeweils einen kurzen Überblick über Genetik und verschiedene genetische Behinde-

rungen und ist nicht für ein intensiveres Studium einzelner Erkrankungen konzipiert. Betrachtet werden Down Syndrom, Williams-Beuren-Syndrom, Rubinstein-Taybi-Syndrom, Fragiles-X-Syndrom, Fetales-Alkoholsyndrom, Prader-Willi-Syndrom, Angelman-Syndrom und Wolf-Hirschhorn-Syndrom. Eltern, aber auch Therapeut_innen und Betreuer_innen finden in diesem Buch eine wertvolle Hilfe zum Verständnis der Welt von Menschen mit geistigen Behinderungen.

Menschen mit geistiger Behinderung besser verstehen, Marga Hogenboom, Ernst Reinhardt Verlag München, ISBN 978-3-497-02462-9, 16,90 €



*Claudia Groth,
Kinder Pflege Netzwerk e.V.*

Praxisbeispiel aus der Antidiskriminierungsberatung – eine Ratsuchende berichtet

Doppelte Diskriminierung bei der Wohnungssuche

Seit längerer Zeit bin ich als Betreuerin auf der Suche nach einer geeigneten Wohnung für meinen schwerbehinderten Bruder, der zurzeit in einer betreuten WG lebt. Als ich von einer Nachbarin mitbekam, dass ihr Verwandter verstorben ist und eine 1-Zimmer Wohnung gekündigt werden sollte, begleitete ich sie im August 2013 zur Sprechstunde der Wohnungsgesellschaft. Die Nachbarin gab das Kündigungsschreiben ab und ich gab an, dass ich die Wohnung zusammen mit meinem Bruder schon besichtigt hatte und bereit wäre, sie samt den anstehenden Reparaturarbeiten zu mieten. Ferner gab ich an, dass mein Bruder in einer Werkstatt für Behinderte arbeitet, jedoch Grundsicherung vom Sozialamt erhält, da sein Lohn für den Lebensunterhalt nicht ausreicht. Ich erwähnte, dass das Sozialamt die Mietkosten bis zu 420,- € übernimmt. Die Mitarbeiterin antwortete mir: „Wir haben auch Interessenten, die über ein eigenes Einkommen verfügen und nicht vom Amt leben.“ Diese Aussage empfand ich als äußerst unhöflich und menschenverachtend. Vor Schock hielt ich einen Moment inne und erklärte ihr, dass mein Bruder aufgrund seiner Schwerbehinderung vom Amt abhängig sei und er sich seine Behinderung nicht ausgesucht habe.

Die Mitarbeiterin betonte im Laufe des Gesprächs mehrmals das Wort „Jobcenter“, sodass ich ständig erwähnen musste, dass es sich in dem Fall meines Bruders nicht um das Jobcenter, sondern um das Sozialamt handelte. Die Mitarbeiterin der Wohnungsgesellschaft hörte mir mit halbem Ohr zu und rief in unserer Anwesenheit eine Mietinteressentin (mit deutschem Namen) an und berichtete ihr von der frei werdenden Wohnung. Hier sei erwähnt, dass sowohl die Nachbarin als auch ich türkischstämmig sind und ich zudem eine Kopfbedeckung trage. Während des gesamten Gesprächs fühlte ich mich abwertend behandelt und nicht ernst genommen. Jedoch wollte ich der Mitarbeiterin nicht vorzeitig Diskriminierung vorwerfen. Nach ein paar Wochen meldete ich mich telefonisch bei ihr, da ich nicht wie abgesprochen Auskunft über die Miethöhe erhalten hatte. Daraufhin teilte sie mir am 04.09.2013 schriftlich mit, dass die Gesamtmiete der Wohnung 432,- € betragen würde. Ich hatte den Verdacht, dass sie die Miethöhe absichtlich über die angegebenen 420,- € angesetzt hatte und wandte mich aus diesem Grund an die Antidiskriminierungsberatung der LV Selbsthilfe. Frau Müller beriet mich sehr freundlich und kompetent. Sie bot an, einen Testing-Anruf durchzuführen. Am 10.09.2013 rief sie die Mitarbeite-

rin der Wohnungsgesellschaft an, um sich über die Wohnung und die Höhe der Miete zu informieren. Unser Verdacht bestätigte sich: Für Frau Müller sollte die Miete nur 420,- € kosten. Im darauffolgenden Gespräch berichtete Frau Müller von abwertenden Aussagen über andere Mietinteressenten seitens der Mitarbeiterin während des Testing-Anrufs. Am 23.09.2013 begleitete mich Frau Müller persönlich zum Vermietungsbüro. Auch sie hatte den Eindruck, dass die Mitarbeiterin unhöflich, abwertend und diskriminierend vorging.

Wir blieben mit Frau Müller per E-Mail und telefonisch in Kontakt. Sie verfasste am 28.05.2014 ein Schreiben an die GSW mit der Vermutung einer Ungleichbehandlung aufgrund

einer Behinderung, der Religion und der ethnischen Herkunft. Obwohl die Diskriminierung u.a. aufgrund des Testing-Anrufs beweisbar ersichtlich ist, ging die Wohnungsgesellschaft in ihrem Antwortschreiben vom 23.06.2014 nicht auf den Vorwurf ein. Aus diesem Grund verfasste Frau Müller am 10.07.2014 ein erneutes Schreiben, das bis heute unbeantwortet geblieben ist.

Wir versuchen es weiter: gemeinsam mit der Antidiskriminierungsberatung haben wir nun einen Termin bei der Ombudsfrau der Wohnungsbau-gesellschaft.

Ebru Yilmaz, Berlin

(Name von der Redaktion geändert)

Die Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung

ist ein Projekt der LV Selbsthilfe Berlin e.V. Wir bieten Beratung und Unterstützung für Menschen, die sich auf Grund einer Behinderung oder auf Grund Ihres (Lebens-) Alters diskriminiert sehen. Die Beratung ist kostenlos, professionell und vertraulich.



Antidiskriminierungsberatung
Alter oder Behinderung

Termine nach telefonischer Absprache

unter

030/ 27 59 25 27

oder

mueller@LV Selbsthilfe-berlin.de

Sprechzeiten:

Di: 9-13 Uhr

Do: 13-17 Uhr

Beratung zum Schwerbehindertenrecht



LV Selbsthilfe Vorstandsmitglied Hannelore Rohde-Käsling (Foto) bietet unseren Mitgliedsvereinen die Möglichkeit, sie ehrenamtlich als Referentin zum Antragsverfahren zum Schwerbehindertenrecht einzuladen.

Viele chronisch kranke oder behinderte Menschen in Selbsthilfegruppen haben nicht genug Wissen zur Einstufung als Schwerbehinderte.

Frau Rohde-Käsling berät zu folgenden Themen:

Fragen zur Antragstellung,
Verschlimmerungsantrag oder Neufeststellungsantrag,
Widerspruchsverfahren,
Gleichstellungsantrag,
Klage beim Sozialgericht,
Wiedereingliederung in das Arbeitsleben.

Termine vereinbaren Sie bitte über die Geschäftsstelle der LV Selbsthilfe Berlin e.V. unter Tel.: (030) 27 59 25 25 oder info@LV-Selbsthilfe-berlin.de



**Wir wünschen Ihnen eine schöne
und
besinnliche Weihnachtszeit und
einen guten Rutsch ins
Neue Jahr.**

**Wir freuen uns auf die
Zusammenarbeit mit Ihnen im
Jahr**

2015

Der Vorstand und das Team der LV Selbsthilfe

Termine

**Montag, 1. Dezember 2014,
10:30 - 16:30 Uhr**

Selbsthilfe-Kongresses von BAG SELBSTHILFE und BARMER GEK „Erkenntnisse nutzen – Qualität gestalten“ ist das Thema des 4. gemeinsamen Selbsthilfe-Kongresses

Ort: Hotel Aquino, Hannoversche Str. 5b, 10115 Berlin. Die Teilnahme ist kostenlos. Um Anmeldung bis zum 19.11.2014 an petra.gruendges@bag-selbsthilfe.de oder Fax: 0211 31 00 634 wird gebeten.

LV Selbsthilfe Berlin e.V.

**Donnerstag, 4. Dezember 2014,
15:00 – ca. 17:30 Uhr**

Treffen der Patientenvertreter im Saal des Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenvereins Berlin gegr. 1874 e. V. (ABSV)

Auerbachstr. 7, 14193 Berlin (S-Bhf. Grunewald, Bus 186)

Weitere Informationen zur Patientenbeteiligung finden Sie unter [LV Selbsthilfe-berlin.de/patientenbeteiligung](http://LV.Selbsthilfe-berlin.de/patientenbeteiligung)

ABSV

**Mittwoch, 10. Dezember 2014,
16:00 Uhr**

Vortrag: Diabetische Retinopathie
Veranstaltung des ABSV in Kooperation mit dem Bezirksamt Pankow

Referent: Priv.-Doz. Dr. med. Jörn Kuchenbecker, Chefarzt der Augenklinik am HELIOS Klinikum Berlin-Buch

Ort: Kleiner Ratssaal im Rathaus Pankow, Breite Straße 24A-26, 13187 Berlin

Anfahrt: U-Bahn U2, S-Bahn S1, S8, S85, S9 bis S + U-Bahnhof Pankow, Bus 107, 155, 250, 255 bis Rathaus Pankow

Deutscher Diabetiker Bund, LV Berlin e.V.

**Montag, 1. Dezember 2014,
16.00 - 17.00 Uhr**

Berliner Diabetiker Treffen

Vortrag: Diabetes und Psychologie

Referentin: Dipl.-Psychologin
Alexandra Rohe

17:30 bis 18:30 Uhr

Diabetikerschulung und Beratung

Referentin: Juliane Dzialas, Ernährungsberaterin und Diabetesberaterin DDG

Ort: Paritätischer Wohlfahrtsverband Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin

Fahrverbindung: Bus 104, 110, 204 und U7 bis Blissestraße

Montag, 5. Januar 2015

16:00 bis 17:00 Uhr

Vortrag: Zahnerkrankungen und Mundgesundheit im Bezug auf Diabetes

Referent: Dr. Henny Deda

17:30 bis 18:30 Uhr

Diabetikerschulung und Beratung

Referentin: Juliane Dzialas, Ernährungsberaterin und Diabetesberaterin DDG

Ort: Paritätischer Wohlfahrtsverband Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin

Fahrverbindung: Bus 104, 110, 204 und U7 bis Blissestraße

Montag, 2. Februar 2015

16:00 bis 17:00 Uhr

Vortrag: Diabetische Neuropathie

Referent: Dr. med. M. Scherwinski

17:30 bis 18:30 Uhr

Diabetikerschulung und Beratung

Referentin: Juliane Dzialas,

Ernährungsberaterin und Diabetesberaterin DDG

Ort: Paritätischer Wohlfahrtsverband Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin

Fahrverbindung: Bus 104, 110, 204 und U7 bis Blissestraße

Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V.

Samstag, 6. Dezember 2014,

15 bis 18 Uhr

Weihnachtsgala der Deutschen Rheuma-Liga Berlin e.V.

Ort: Hotel Intercontinental, Budapester Straße 2, 10787 Berlin

Information und Anmeldung:

Malte Andersch,
Tel. 32 290 29 24
oder

andersch@rheuma-liga-berlin.de

Notizen

Impressum

**Vorstand der Landesvereinigung
Selbsthilfe e.V.**

Vorsitzende:

Gerlinde Bendzuck

Weitere Vorstandsmitglieder:

Daniel Fischer

Jörg Sendlewski

Reiner Tippel

Marianne Schumacher

Hannelore Rohde-Käsling

Auf Anforderung erhalten Sie in der
Geschäftsstelle kostenlos unsere
Mitgliederbroschüre der Landesvereinigung
Selbsthilfe Berlin.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.

Littenstr. 108

10179 Berlin

Telefon: 030/ 27 59 25 25

Email: info@lv-selbsthilfe-berlin.de

Ihre Spende ist willkommen!

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft

Konto: 3101 800

BLZ: 100 205 00

BIC: BFSWDE33BER

IBAN: DE07 1002 0500 0003 1018 00

**Wir danken Ihnen für die
Unterstützung unserer Arbeit.**

Das FLAGGSCHIFF, Heft: 3/2014, November 2014

Die Zeitschrift erscheint in 2014 mit drei Ausgaben. Ihr Bezug ist kostenfrei.
Die Verteilung erfolgt nach Maßgabe des Herausgebers. Weitere Exemplare
können in der Geschäftsstelle angefordert werden. Namentlich gekennzeichnete
Beiträge repräsentieren nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers
und der Redaktion.

Einsendeschluss für Beiträge im nächsten Heft ist der 28. Februar 2015.

Herausgeber:

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V. (LV Selbsthilfe Berlin)

Redaktion: Franziska Müller, Dr. Rudolf Turber

Layout: Frank Katzenellenbogen

Druck: OKTOBERDRUCK AG, Rudolfstr. 1 - 8, 10245 Berlin



Landesvereinigung **Selbsthilfe** Berlin e.V.
(LV **Selbsthilfe** Berlin)

Littenstr. 108

10179 Berlin

Telefon: 030/ 27 59 25 25

Telefax: 030/ 27 59 25 26

Email: info@lv-selbsthilfe-berlin.de

Internet: www.lv-selbsthilfe-berlin.de

Mitglied der BAG SELBSTHILFE

Mit freundlicher Unterstützung
von

Barmer GEK und TKK

BARMER GEK

